

22. April 2026

Von der Bestandsaufnahme zur Strukturreform: Medienbildung nachhaltig absichern

Stellungnahme der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V. (GMK) zur Bestandsaufnahme der Unabhängigen Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“

Die GMK begrüßt die Bestandsaufnahme der Unabhängigen Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“. Die interdisziplinäre Zusammenschau aus gesundheits-, erziehungs- und kommunikationswissenschaftlicher sowie kriminologischer und juristischer Perspektive schafft eine differenzierte Grundlage für die bis zum Sommer 2026 zu erarbeitenden Handlungsempfehlungen und macht zugleich die Komplexität des Feldes auf eine Weise sichtbar, die einfache Antworten ausschließt.

Der Co-Vorsitzende Rüdiger Fries: „Die Bestandsaufnahme zeigt präzise, woran es fehlt – jetzt kommt es darauf an, daraus eine Strukturreform zu machen. Medienbildung darf nicht länger ein Projekt auf Zeit sein, sondern muss als verlässliche Infrastruktur entlang der gesamten Bildungskette verankert und finanziert werden.“

Die Kommission formuliert den Kinder- und Jugendmedienschutz konsequent entlang der Trias von Befähigung, Schutz und Teilhabe und verortet Medienbildung als Querschnittsaufgabe entlang der gesamten Bildungskette: von der frühen Kindheit über Kita und Schule bis in die Kinder- und Jugendhilfe, die offene Kinder- und Jugendarbeit und die Elternbildung. Die GMK sieht darin zentrale Grundüberzeugungen ihrer Arbeit aufgegriffen: dass der Erwerb von Medienkompetenz ein genuiner Beitrag zum Selbstschutz junger Menschen ist, dass Jugendmedienschutz nur als Verantwortungsgemeinschaft gelingen kann und dass Regulierung und Medienbildung nicht gegeneinander auszuspielen, sondern zusammenzudenken sind.

Die Medienpädagogik entwickelt seit vielen Jahren erfolgreich Projekte der Medienkompetenzförderung. Das macht der Dieter Baacke Preis, den die GMK gemeinsam mit dem BMBFSFJ seit 2001 vergibt, nachhaltig sichtbar. Aber um flächendeckend Medienbildung und Medienkompetenzförderung für Kinder und Jugendliche ebenso wie für Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte und Eltern, vor allem im Hinblick auf Gefährdungslagen und Präventionsansätze, zu ermöglichen, braucht es zusätzlich eine strukturelle Verankerung von Medienpädagogik als verpflichtendem Bestandteil in der Aus- und Weiterbildung von Pädagoginnen und Pädagogen. Hier liegt aus Sicht der GMK einer der wichtigsten Ansatzpunkte für die kommenden Handlungsempfehlungen.

Ausdrücklich unterstützt die GMK die Forderung nach einer theoriegeleiteten Weiterentwicklung von Präventions- und grundständigen Medienbildungsprogrammen, die individuelle Dispositionen, soziale Kontexte und strukturelle Rahmenbedingungen mit einbeziehen. Peer- und partizipationsorientierte Formate sowie die systematische Einbindung von Eltern und Fachkräften gehören dabei aus medienpädagogischer Sicht zu den tragenden Elementen.

Ebenso nachdrücklich unterstützt die GMK den Hinweis der Kommission auf die Notwendigkeit einer kontinuierlichen wissenschaftlichen Begleitung von Modellprojekten sowie einer ausgebauten Forschungsinfrastruktur. Nur auf dieser Grundlage lassen sich Maßnahmen entwickeln, die in die Breite tragen und verantwortbar weiterentwickelt werden können.

Den in der Bestandsaufnahme beschriebenen Defiziten lässt sich nur mit einer verlässlichen, strukturell abgesicherten und verbindlichen Finanzierung wirksam begegnen. Das betrifft insbesondere den „bundesdeutschen Flickenteppich“ der Elternbildung, die Finanzierung medienpädagogischer Angebote

und die begrenzten Ressourcen der Kinder- und Jugendhilfe. Die Realität medienpädagogischer Praxis ist bis heute geprägt von projektförmiger, befristeter und oft prekärer Förderung. Fachlich etablierte, wirksame Vorhaben wie das Netzwerk toneshift – Netzwerk gegen Hass im Netz und Desinformation oder vergleichbare Angebote in der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Elternbildung und der Fachkräftequalifizierung brauchen planbare Mehrjahresfinanzierungen, verlässliche Trägerstrukturen und angemessene Arbeitsbedingungen. Eine Medienbildung, die von Projekt zu Projekt neu gerechtfertigt und eingeworben werden muss, kann weder die aufgezeigten Leerstellen schließen noch die Nachhaltigkeit leisten, die wissenschaftliche Begleitforschung zu Recht einfordert.

Auf dieser Grundlage bekräftigt die GMK ihre zentralen Forderungen, die sie in den vergangenen Jahren wiederholt in Stellungnahmen und Positionspapieren formuliert hat. Zentral bleibt die Forderung nach einer nationalen Bildungsoffensive für Medienkompetenz und Demokratiebildung, die die strukturelle Verankerung von Medienbildung entlang der gesamten Bildungskette mit verlässlicher Finanzierung und einer bundesweiten Koordinierungsstelle für Medienpädagogik und digitale Bildung zusammenführt.

- Verankerung der Förderung von Medienkompetenz und medienpädagogischer Kompetenz als gleichrangige dritte Säule neben Plattformregulierung und technischen Schutzmaßnahmen – sowohl in der Gesetzgebung als auch in der Haushaltsplanung;
- strukturelle, verbindliche und mehrjährige Finanzierung medienpädagogischer Angebote und Trägerstrukturen statt befristeter Projektförderung; angemessene Arbeitsbedingungen für medienpädagogische Fachkräfte;
- phasenübergreifende Verankerung der Medienbildung in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften – von der ersten Phase der Lehrkräftebildung über das Referendariat bis in die verpflichtende Fortbildung, ergänzt durch medienpädagogisches Coaching vor Ort;
- Ausbau der Elternbildung als verlässliche Infrastruktur: niedrigschwellig, mehrsprachig, lebensweltnah und auch strukturell benachteiligte Familien erreichend;
- gleichwertige Berücksichtigung des Kinderrechedreiklangs Befähigung, Schutz und Teilhabe – ohne einseitige Verengung auf eine risikoorientierte Perspektive;
- verbindliche Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche in regulatorischen Prozessen – etwa Jugendbeiräte auf Landes- und Bundesebene, strukturierte Anhörungen in Gesetzgebungsverfahren und begleitende Jugendpanels;
- frühzeitige Einbindung medienpädagogischer Expertise in Gesetzgebungs- und Regulierungsverfahren, nicht erst als nachgelagertes Korrektiv;
- Ausbau der Forschungs- und Evaluationsinfrastruktur, einschließlich längsschnittlicher und nach Angeboten differenzierenden Studien sowie niedrigschwelliger, datenschutzkonformer Zugänge zu Plattformdaten.

Die GMK als zentrale Institution der medienpädagogischen Akteurinnen und Akteure in Deutschland bringt ihre fachliche Expertise aus Wissenschaft und Praxis gerne in die anstehenden Beratungen zu den Handlungsempfehlungen ein und wird die weitere Arbeit der Kommission konstruktiv begleiten.

--

Über die GMK:

Die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V. (GMK) setzt sich für die Förderung einer ganzheitlichen, umfassenden Medienpädagogik und Medienkompetenz ein. Hierbei gilt es, soziale, ethische, kulturelle, kreative und politische Aspekte mit technischen Kompetenzen und Voraussetzungen zu verknüpfen. Die GMK wurde 1984 als bundesweiter Zusammenschluss von Fachleuten aus den Bereichen Bildung, Kultur und Medien gegründet. Als gemeinnütziger Verein und größter medienpädagogischer Fachverband für Institutionen und Einzelpersonen ist die GMK Plattform für Diskussionen, Kooperationen und neue Initiativen.

Kontakt:

GMK e.V. | Obernstr. 24 a, 33602 Bielefeld | 0521 6 77 88 | gmk@medienpaed.de | www.gmk-net.de